

An die  
Mitglieder des Bundestages  
aus dem Bereich der Diözese Augsburg

Kopie: Bundeskanzlerin  
Außenminister



Tel. 0821.517 751  
Fax 0821.450 632 5  
[augsburg@paxchristi.de](mailto:augsburg@paxchristi.de)  
[www.augsburg.paxchristi.de](http://www.augsburg.paxchristi.de)

Augsburg, 08.06.2020

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,

am 1. Juli will die israelische Regierung Gesetze zur Annexion von Teilen des Westjordanlands vorlegen. Es bleiben nur wenige Wochen, um Israel davon zu überzeugen, an der Möglichkeit einer dauerhaften und einvernehmlichen Einigung zwischen Palästina und Israel festzuhalten. Wir wenden uns heute an Sie als Abgeordnete des Deutschen Bundestages mit der Bitte sich gegen diese drohende schwere Verletzung des Völkerrechts einzusetzen.

pax christi Augsburg hält seit vielen Jahren Kontakt – auch über Austauschreisen - zu palästinensischen und israelischen Friedensgruppen und sieht aufgrund dieser konkreten Erfahrungen vor Ort in diesen Annexionsplänen eine große Gefahr für den Frieden in dieser Region.

Die Rechtslage ist unstrittig: Die Annexion von besetztem Gebiet verstößt gegen mehrere Resolutionen des UN-Sicherheitsrates, darunter die Resolutionen 242(1967), 478(1980) und 2334(2016). Auch die Genfer Konvention ist eindeutig: Der Erwerb von Territorium durch Krieg ist verboten (Art. 47 IV. Genfer Konvention). Der Europäische Gerichtshof hat erst im vergangenen November bestätigt, dass Israel in den palästinensischen Gebieten eine Besatzungsmacht ist, dass die Siedlungen im von Israel besetzten Westjordanland nicht Teil des israelischen Staatsgebiets sind und dass die israelische Siedlungspolitik gegen das Humanitäre Völkerrecht verstößt. Eine gemeinsame Erklärung von Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich vom 12. September letzten Jahres hat eindeutig festgestellt: Die einseitige Annexion irgendeines Teils des Westjordanlandes wäre "ein schwerer Verstoß gegen das Völkerrecht".

In den Oslo-Verträgen von 1993, die uns allen Grund zur Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in der Region gegeben hatten, war festgelegt worden, dass die besetzten Gebiete Stück für Stück unter die Verwaltung der palästinensischen Autonomiebehörde gestellt werden sollten. Jetzt soll diese Hoffnung endgültig zu Grabe getragen werden, indem Israel einen Großteil dieser Gebiete annektiert. Übrig bleiben die palästinensischen Städte und Dörfer in Zone A und B ohne ihr Umland; nicht einmal die Verbindungsstraßen dürfen die Palästinenser selbst reparieren. Die Gründung eines palästinensischen Staates auf den verbleibenden Gebieten ist völlig abwegig. Es ist die schlimmste denkbare „Lösung“ für die

Palästinenser: Sie sind nicht einmal in den israelischen Staat integriert, sondern in ihren Enklaven eingemauert.

Mit dem geplanten Schritt Israels werden alle angedachten Friedenslösungen endgültig Makulatur. Frieden zwischen Israelis und Palästinensern rückt in weite Ferne, ein Sicherheitsproblem für alle Beteiligten einschließlich Israel.

Wir bitten Sie, sich dafür einzusetzen, im Falle der Annexion die Zusammenarbeit mit Israel auf europäischer Ebene drastisch einzuschränken und der neuen israelischen Regierung die ernststen Konsequenzen eines solchen Schrittes im Vorfeld der Entscheidung deutlich klarzumachen.

Über eine kurze Rückmeldung wie Sie die Situation einschätzen und welche Schritte Sie gegebenenfalls veranlasse, würden wir uns sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. des Vorstandes



Prof. Dr. Jost Eschenburg